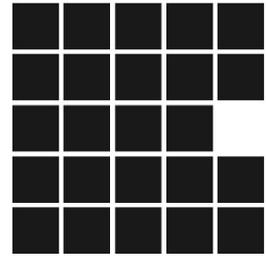


Stadt Erlangen



Verantwortung

Jahresschlussrede 2022
von Oberbürgermeister Dr. Florian Janik
15. Dezember 2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn des Jahresrückblicks gedenken wir der Menschen, die im zurückliegenden Jahr verstorben sind. [Ich möchte Sie deshalb bitten, sich von den Plätzen zu erheben.]

Aus dem Kreis der ehemaligen Stadtratsmitglieder denken wir an Eberhard Berger, den früheren Pfarrer der Markuskirche in Sieglitzhof und für die CSU Stadtrat von 1996 bis 2008. Über sein Engagement in den Stadtratsgremien und im Seniorenbeirat hinaus war er geschätzter Ratgeber in Fragen des interreligiösen Dialogs. Wir erinnern an Erna Neupert, CSU-Stadträtin von 1977 bis 1984, Marion Schaub, SPD-Stadträtin von 1996 bis 2002 und Heide Barbara Wegener, Stadträtin für die SPD von 1975 bis 1993.

Auch aus dem Kreis der ehemaligen und aktiven Mitarbeiter*innen haben wir Tote zu beklagen. Im aktiven Dienst verstarben die Kollegen Wilhelm Rüschoff, Mitarbeiter beim EB77, Manfred Stangl, Spielplatzkontrolleur beim EB77, Helgo Bradler, Mitarbeiter der Müllabfuhr EB77 und Reinhold Hengel, Mitarbeiter im Bauaufsichtsamt. Stellvertretend für ehemalige Kolleginnen und Kollegen denken wir an Hans Martin Blank, den ehemaligen Schulleiter des Marie-Therese-Gymnasiums, und an Dietrich Weidinger, den ehemaligen Schulleiter der städtischen Wirtschaftsschule.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir gehen nun schon in das dritte Krisenjahr. Und diese Krisen fordern uns auf allen Ebenen. Privat, beruflich aber auch als Stadt und nehmen sie uns in Verantwortung.

Bei der Corona-Krise hat sich die Hoffnung bewahrheitet, dass wir die Pandemie in den Griff bekommen können. Das ist dem medizinischen Fortschritt und ganz besonders den Impfstoffen zu verdanken, aber auch dem verantwortungsvollen Handeln von Staat und Gesellschaft. Es war ein hartes Ringen darum, wie wir gemeinsam besonders verletzbare Gruppen schützen können, ohne fundamentale Grundrechte dauerhaft auszuhöhlen. Nach zweieinhalb Jahren Krise sehen wir, dass insbesondere die demokratischen Staaten – kontrolliert durch Parlamente, Gerichte und Öffentlichkeit – einen guten Weg aus der Pandemie finden.

Insbesondere im ersten Jahr war die Pandemie extrem fordernd. Diejenigen, die in Verantwortung standen, mussten anfangs mit geringem Wissenstand weitreichende Entscheidungen treffen. Nicht alles würde man mit dem heutigen Wissen wieder so machen. Deshalb ist es gut, dass Entscheidungen kritisch hinterfragt werden – von Expert*innen und Gerichten. Denn viele Folgen der Pandemie bleiben: Für diejenigen, die Angehörige durch Covid verloren haben. Für diejenigen die Sterbende wegen strengen Auflagen in den Anfängen der Pandemie nicht begleiten konnten. Für diejenigen, die nach wie vor an den Folgen einer COVID-Infektion leiden. Wir dürfen aber auch die vielen Kinder und Jugendlichen

nicht vergessen, deren Leben massiv eingeschränkt war und die bis heute mit psychischen Folgen aus dieser Zeit zu tun haben. Es ist wichtig, aus Corona zu lernen. Denn leider müssen wir davon ausgehen, dass schnell grassierende Krankheiten uns im „Zeitalter der Pandemien“ auch künftig herausfordern.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 24. Februar 2022, der Tag des völkerrechtswidrigen Überfalls der russischen Armee auf die Ukraine, markiert den Beginn einer weiteren großen Krise, einer „Zeitenwende“. Die Sicherheit, in einem Europa des Friedens leben zu dürfen, ist grundsätzlich erschüttert. Unsere mit viel Herzblut aufgebaute Partnerschaft nach Russland zu Wladimir sollte diesem Europa des Friedens dienen. Sie ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen.

Die Grundidee von Städtepartnerschaften bleibt richtig. Nur durch Kooperation kann Vertrauen entstehen und Frieden erhalten werden. Und dennoch mussten wir schmerzlich merken, wie klein unsere Möglichkeiten gegenüber einem autoritären Staat sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon vor dem 24. Februar war die Welt alles andere als friedlich. Der furchtbare Krieg in Syrien, der viele Menschen auf die Flucht zwang und 2015 viele Schutzsuchende auch nach Erlangen führte, ist leider nur eines der Beispiele dafür. Und dennoch hat erst der Ukraine-Krieg in unserer Nähe unseren Blick auf die Welt verändert. Viele von uns fürchten eine Entgrenzung des Konflikts mit unabsehbaren Folgen.

Auch an Erlangen geht dies nicht spurlos vorüber. Abermals stehen wir in der Verantwortung, vielen schutzsuchenden Menschen in unserer Stadt Zuflucht zu gewähren. Und es geht nicht nur darum, die Menschen gut unterzubringen. Wir wollen, dass sie hier gut leben und sich integrieren können.

Aber auch für alle Menschen hier vor Ort stehen wir in der Verantwortung: Denn mit dem Ukraine-Krieg geht eine Energiekrise einher, die viele Bürger*innen und Wirtschaftsunternehmen binnen kürzester Zeit nach Corona erneut in Existenznöte stürzt. Auch wenn sich unsere Stadtwerke der Energiewende schon länger annehmen: Die Energiekrise führt uns unsere nach wie vor fatale Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vor Augen.

Auch in Erlangen werden die Energiepreise der Stadtwerke im kommenden Jahr erheblich steigen. Die Verwerfungen durch die Energiekrise, die uns sicher auch im nächsten Winter in Atem halten wird, sind in ihrem ganzen Ausmaß noch gar nicht abzusehen. Die soziale Frage, die sich schon in der Corona-Krise zugespitzt hat, wird noch brisanter und bindet viele unserer Kräfte.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Vorbereitung auf die Rede, habe ich mich bei dem Gedanken ertappt: „Wie würde ich wohl sprechen, gäbe es die Krisen nicht?“ Ich würde wohl auf die vielen kleinen und großen positiven Veränderungen in unserer Stadt hinweisen. Auf die Bergkirchweih und auf den Internationalen Comic-Salon, die nach zwei Jahren Corona-Unterbrechung wieder stattfinden konnten. Auf die Stadtverwandlung, die auf dem Siemens-Campus oder auch an der Achse der Wissenschaft zwischen Himbeerpalast und Kollegienhaus voranschreitet. Auf die wichtigen Planungsfortschritte bei der Stadt-Umland-Bahn und auf neu entstehende und neu geschaffene Spitzenforschungseinrichtungen in Erlangen. Und ich würde mich gemeinsam mit Ihnen freuen, wie gut Erlangen als Wirtschafts- und Zukunftsstandort in den renommierten Untersuchungen von Handelsblatt und WirtschaftsWoche abgeschnitten hat.

Ja, auch in Krisenzeiten finde ich diese Nachrichten erwähnenswert. Denn die Arbeitnehmer*innen und Unternehmen tragen einen ganz wesentlichen Anteil an diesen Erfolgen trotz der schweren Umstände. Sie übernehmen jeden Tag Verantwortung für das Wohlergehen unserer Stadt.

Wir sehen aber auch, wie wichtig und richtig viele Weichenstellungen der vergangenen Jahre waren. Gemeinsam ist es uns gelungen, unseren Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort gut aufzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in allen Krisen ist der Staat gerade enorm gefordert. Noch in den 1980er Jahren und danach wurde ein Staat propagiert, der sich immer stärker zurückziehen soll. In der Corona-Pandemie wurde einmal mehr deutlich, dass dieses Konzept nicht aufgeht. Es braucht einen Staat, der reguliert und stabilisiert, der handelt und eingreift, der vorsorgt.

Unter dem Motto „You´ll never walk alone“ hat Bundeskanzler Olaf Scholz den Anspruch formuliert, dass auch durch die Energiekrise niemand allein gehen muss. Als Kommune sind wir die Ebene des Staates, die am nächsten an den Menschen ist. Wir sind ganz besonders mit den Erwartungen an einen starken, schützenden Staat konfrontiert.

Ja, es ist gut, dass es bei uns positive Erwartungen an den demokratischen Staat gibt: Denn europa- und weltweit erleben wir nach wie vor einen erschreckenden Zulauf für demokratiefeindliche und autoritäre Kräfte. Die Zwischenwahlen in den USA und der Sieg der sogenannten Postfaschisten in Italien haben uns das jüngst vor Augen geführt.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

und dennoch bereiten mir die Entwicklungen auch in unserem Land und in unserer Stadt Sorge: Durch Corona hat sich die soziale Spaltung unserer Gesellschaft verschärft, auch in einer wohlhabenden Stadt wie Erlangen. Durch die Energiekrise drohen noch mehr Menschen abgehängt zu werden. Das dürfen wir nicht zulassen, wenn wir unserer Verantwortung als

demokratischer und sozialer Rechtsstaat gerecht werden wollen. Wir waren uns einig: Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass in unserer Stadt Strukturen verloren gehen: Im Ehrenamt, in der Kultur, im Handel. Auf der Grundlage der guten Einnahmen in Erlangen ist es uns gelungen, den Krisen etwas entgegenzustellen.

Das muss auch in der jetzigen Krise unser Anspruch sein. Auch diejenigen, die trotz Arbeit jeden Euro umdrehen müssen, sollen zum Beispiel den ErlangenPass künftig nutzen können. Und wir wollen in Kultur, in Vereinen und im Ehrenamt weiter das fördern, was gerade in Krisenzeiten wichtig ist: Das Zusammenleben in unserer Stadt. Auch jetzt gilt: Strukturen dürfen nicht verloren gehen. Dafür treten wir ein.

Und gleichzeitig sehen wir, dass die Krise die finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte auch bei uns massiv einschränken wird. Die Diskussion um den Haushalt 2023 werden wir erst im Januar abschließen. Aber schon heute wissen wir, dass wir Prioritäten setzen müssen. Manches, was wichtig wäre, lässt sich künftig nicht mehr im bisherigen Umfang umsetzen. Denn in der Verwaltung merken wir jeden Tag, dass sich viele notwendige Aufgaben mit dem vorhandenen Personal und den vorhandenen Mitteln immer schwerer stemmen lassen.

Und nicht nur uns geht es so: In vielen sozialen Einrichtungen oder auch im Gesundheitswesen machen viele Mitarbeiter*innen dieselben Erfahrungen. Leider gibt es so keine Verschnaufpause für diejenigen, die bereits in den vergangenen beiden Krisenjahren an den Grenzen der Belastung gearbeitet haben. Vielmehr kommen neue, zusätzliche Herausforderungen auf viele belastete Bereiche zu.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie können die öffentliche Hand, die Zivilgesellschaft aber letztlich auch jede*r einzelne in der Krise Verantwortung übernehmen? Diese Frage stellt sich in allen Krisen. Ganz besonders stellt sie sich aber beim Klimawandel, dessen Auswirkungen wir jeden Tag weltweit und auch vor Ort beobachten. Mit dieser Frage haben wir uns ganz konkret auseinandergesetzt, als wir den Fahrplan Klima-Aufbruch erarbeitet haben.

Die Diskussion war mühsam und aufwändig aber auch gewinnbringend. Dieser bundesweit bisher einmalige Beteiligungsprozess mit Bürger*innen sowie über 35 Interessenvertreter*innen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung hat deutlich gemacht: Wir haben vor Ort Hebel für wirksamen Klimaschutz. Die oft emotional geführte Debatte um die konkreten Maßnahmen zeigt aber auch die enormen Herausforderungen vor denen wir als Gesellschaft und Stadt stehen. Viele große Fragen drängen gleichzeitig: Ist die Energie- und Wärmewende so schnell wie nötig technisch umsetzbar? Wie wird die Mobilität so umgestellt, dass die Stadt gut erreichbar bleibt? Wie können Gebäude angesichts des Fachkräftemangels zügig saniert werden? Wie kann ein

verantwortungsvollerer Konsum etabliert werden, ohne dass nur der Verzicht im Vordergrund steht?

An vielen Stellen gibt der Fahrplan Klima-Aufbruch noch keine fertige Antwort. Doch er zeigt uns den Weg auf, wie wir Lösungen auf die drängenden Fragen erarbeiten können. Er macht transparent, wo rechtliche Rahmenbedingungen und die finanzielle Ausstattung der Städte verbessert werden müssen. Selbst eine wohlhabende Stadt wie Erlangen kann die Herausforderungen ohne mehr Zuschüsse von Bund und Land nicht stemmen. Wir stehen in dieser Situation in der Verantwortung, Prioritäten zu setzen. Wir werden als Gesellschaft die Diskussion führen müssen, wie die, die mehr haben auch mehr zum notwendigen klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft beitragen können: Finanziell aber auch durch einen verantwortungsvolleren Umgang mit Ressourcen. Denn: Dort, wo Überfluss herrscht, wird auch viel zu viel verbraucht. Das gilt im globalen Maßstab wie bei uns vor Ort.

Wir stehen alle in Verantwortung füreinander: Denn nur, wenn Stadtverwaltung und die gesamte Stadtgesellschaft an einem Strang ziehen, kann der Klima-Aufbruch gelingen. Wir müssen die notwendigen Diskussionen weiter führen, ohne in Schwarz-weiß-Denken zu verfallen. Wir müssen aufeinander, auf die Zwischentöne hören. Nicht jeder, der an einzelnen Klimaschutzmaßnahmen Kritik übt, leugnet den Klimawandel. Und nicht jeder, dem die Maßnahmen nicht weit genug gehen und der deutlich protestiert, bereitet eine „Klima-RAF“ vor. Es ist unsere Verantwortung, gerade auch in Krisenzeiten den demokratischen Diskurs zu schützen, zu erhalten und ihn zu stärken. Und dafür tragen auch wir alle hier im Stadtrat Verantwortung.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

obwohl Erlangen sich nach wie vor eine positiv entwickelt, fällt es schwer, weihnachtliche Ruhe einkehren zu lassen. Viele Menschen in unserer Stadt sind finanziell gut abgesichert, so dass sie die Folgen der Krisen bisher abfedern können. Und dennoch sind wir Teil der Krisen und wir tragen Verantwortung für die Menschen, die in existenzielle Not geraten. Insbesondere die Klimakrise macht deutlich, welche Verantwortung wir für die Zukunft haben. Verantwortung füreinander zu übernehmen, Einzelinteressen zurückzustellen und um das Allgemeinwohl zu ringen, ist mühsam. Doch es lohnt sich: Denn Verantwortung füreinander zu übernehmen ist die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens.

Trotz aller Widrigkeiten kann das vergangene Jahr auch Mut machen. Wir haben gesehen, wie viele Menschen sich ohne Zögern gleich wieder bereitgefunden haben, die Geflüchteten in unserer Stadt zu unterstützen. Nicht nur großzügige Spenden wurden geleistet. Viele Bürger*innen waren und sind sogar bereit, ihren Wohnraum mit Geflüchteten zu teilen.

Mit großem Elan beginnen wir nun zusammen mit unserer thüringischen Partnerstadt Jena eine Solidarpartnerschaft mit Browary in der Ukraine. Wir zeigen: Verantwortung füreinander zu übernehmen hört nicht an der Stadtgrenze auf. Und für mich ist es ein Zeichen der Hoffnung, wie viele Menschen – gerade auch Menschen mit Wurzeln in Russland – sich hier in Erlangen einbringen wollen. Am zurückliegenden Wochenende konnten wir das eindrucksvoll sehen, als wir gemeinsam für Browary gesammelt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke all den Menschen, die sich in unserer Stadt einbringen und damit die Verantwortung füreinander übernehmen. Mein ganz besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. In vielen Bereichen haben sie im vergangenen Jahr unter schweren Bedingungen ihre Leistungsfähigkeit gezeigt: Denn diejenigen, die die Bergkirchweih organisiert haben, kümmerten sich kurz zuvor noch um die Koordination von Corona-Testungen. Und das Kulturamt hat nicht nur überregional beachtete Festivals durchgeführt, sondern dabei auch noch das Impfzentrum von Stadt und Landkreis erfolgreich gemanagt. Die Bauverwaltung sorgt nicht nur für den Kitausbau und eine gute Schulinfrastruktur, sondern hat gleichzeitig auch noch den Himbeerpalast als vorübergehende Bleibe für Geflüchtete vorbereitet.

Ebenso möchte ich Bürgermeister Jörg Volleth und dem gesamten Referentenkollegium für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in dieser anspruchsvollen Zeit danken. Ihnen, den Mitgliedern des Stadtrates, gilt mein Dank dafür, dass Sie auch in diesen schwierigen Zeiten nicht nachlassen mit Ihrem Engagement.

Die Weihnachtstage lassen für viele Menschen Ruhe einkehren. Sie sind eine Möglichkeit, auch einmal Verantwortung loszulassen und Kraft zu tanken für das neue Jahr. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein erholsames Weihnachtsfest und kommen Sie gut ins neue Jahr.